

# „Bürger in Entscheidung einbeziehen“

Samtgemeinde-Bauausschuss fasst Aufstellungsbeschluss für „Konzentrationsfläche für Windkraftanlagen“

RHEDEN ■ Der Landkreis Hildesheim ist dabei, sein Regionales Raumordnungsprogramm (RRÖP) zu überarbeiten beziehungsweise bestimmte Gebiete oder Flächen in den einzelnen Gemeinden im Hinblick darauf zu überprüfen, inwieweit sie als Standorte zur Erzeugung regenerativer Energien (beispielsweise Windkraftanlagen) geeignet sind.

„Diese Planung wird voraussichtlich im Herbst konkret werden“, informierte der Leiter des Bauamtes, Hans Kirsch, die Mitglieder des Bauausschusses während der jüngsten Sitzung in „Ebelings Gaststätte“ in Rhen. Der Landkreis habe die Samtgemeinde Gronau über seine Absicht informiert, im Rahmen der Regionalplanung neben Eime einen weiteren Standort für Windkraftanlagen vorzusehen. Als einwohnermäßig größte Samtgemeinde im Landkreis komme Gronau hier schwerpunktmäßig eine besondere Bedeutung zu, hatte Erster Samtgemeinderat Thomas Mensing betont.

Als so genannte „Konzentrationsfläche für Windkraftanlagen“ habe sich in den Gesprächen ein Bereich zwischen der K 415, der K 416 und der K 417 zwischen Eitzum, Heinum und Eberholzen (Samtgemeinde Sibbesse) heraus kristallisiert. Alternative Standorte auf dem Gebiet der Samtgemeinde Gronau hätten sich



Großes Bürgerinteresse: Die Zuhörer verfolgten aufmerksam die Beratungen des Bau- und des Schulausschusses der Samtgemeinde in Rhen. ■ Foto: Korn

aus Sicht des Landkreises beispielsweise wegen einzuhaltender Abstände zu Siedlungen, Straßen oder Stromleitungen oder aus anderen Gründen wie etwa dem Denkmalschutz als weniger geeignet heraus gestellt.

Um Flächen ausweisen und den Flächennutzungsplan entsprechend ändern zu können, ist ein entsprechender Aufstellungsbeschluss erforderlich. Weiteres Ziel ist es, den Standort Eime zu erhalten und im Hinblick auf eine Anpassung an das RRÖP zu überprüfen. „Wichtig ist, dass die Bürger dabei informiert und in die Entscheidungen einbezogen werden“, betonte Volker Senftleben für die Sozialdemokraten und signalisierte unter diesem Vorzeichen die Zustimmung seiner Fraktion zu dem Aufstellungsbeschluss.

Alexander Pleetz (CDU) legte Wert darauf, dass die Samtgemeinde Gronau rechtzeitig die Weichen richtig stellen sollte, um die eigene Planungshoheit zu

behalten. Und Edgar Eifler von den Grünen wollte sich noch nicht zu sehr auf eine bestimmte Fläche festlegen, sondern lieber zuvor auch andere Möglichkeiten als den Bereich zwischen Heinum, Eberholzen und Eitzum in Betracht zu ziehen: „Möglicherweise gibt es ja besser geeignete Standorte.“ Ob Abstände von 1 000 Metern oder etwa nur 750 Metern einzuhalten seien, hänge immer von der Gesamtsituation ab, genauere Vorgaben etwa hinsichtlich

eines einzuhaltenden Lärmschutzes seien derzeit nicht im Detail bekannt, wurde seitens der Verwaltung betont. Einwohner, die in Heinum im Bereich der Siedlung Steinkamp wohnen, wiesen darauf hin, dass beim Bau einer Windkraftanlage an dem vorgesehenen Standort sie mit einer erheblichen Lärmbelastung zu rechnen hätten. „Wir wollen nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden“, machte ein Heinum deutlich. „Der Aufstellungsbe-

schluss bedeutet noch keine Entscheidung für eine bestimmte Fläche“, informierte Sozialdemokrat Albert Rehse die besorgten Bürger darüber, dass möglicherweise betroffene Bürger selbstverständlich angehört würden.

Die Mitglieder des Bauausschusses stimmten dem Aufstellungsbeschluss schließlich einmütig zu. Der Öffentlichkeit wird die Möglichkeit eingeräumt, sich innerhalb eines Monats zur Planung zu äußern.

Gemeinsam mit dem Mitgliedern des Schulausschusses stimmten die Angehörigen des Bauausschusses außerdem dafür, das sanierungsbedürftige Flachdach der Grundschule in Eime nach den vorgestellten Varianten 3 und 4 vorzunehmen, die beide einen Abriss des Dachaufbaus und eine neue Dämmung beinhalten. Die erforderlichen Haushaltsmittel – die geschätzten Kosten belaufen sich zwischen 78 000 und 83 000 Euro – sollen entsprechend bereitgestellt werden. Sollte der Flecken Eime sich an den Sanierungskosten beteiligen und einen entsprechenden Beschluss des Verwaltungsausschusses herbeiführen, könne auch die langlebigste Variante – Herstellung eines Steildaches mit Ziegeleindeckung für rund 169 000 Euro – umgesetzt werden. ■ tom